

09.04.2014

### **GRÜNE Kreistagsfraktion fordert Finanz-Zusagen**

Die Kreistagsfraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN fordert die Kreistagsmitglieder von CDU und SPD auf, sich bei ihren Wahlkreisabgeordneten dafür einzusetzen, dass die Bundesregierung wie versprochen in 2014 die Hilfen für die Städte und Gemeinden finanziert.

Bisher habe die Große Koalition von Union und SPD **nicht die versprochenen Finanzhilfen** für die Kommunen im Bundeshaushalt eingestellt. Dieser wird in dieser Woche im Bundestag in erster Lesung beraten.

Die Bundesregierung breche mit ihrem Haushaltsentwurf ihr Versprechen an die Kommunen gleich im **ersten** Jahr. Die versprochene Unterstützung in Höhe von 5 Milliarden Euro bei der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen soll in die nächste Legislaturperiode verschoben werden und erst 2018 kommen.

Die Übergangsförderung in Höhe von einer Milliarde Euro bis zu einer Reform der Eingliederungshilfe solle erst mit einem Jahr Verspätung in 2015 erfolgen. „Wir fordern CDU und SPD auf, ihr Versprechen an die Kommunen ab 2014 einzuhalten.“ erklärt Landratskandidat und sozialpolitischer Sprecher Jochen Nadolski-Voigt „Die Städte und Gemeinden müssen sofort mit einer Milliarde Euro unterstützt werden.“ Die Finanzsituation im Kreis Unna erlaube keinen weiteren Aufschub.

Die Bundestagsfraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN forderte in einem Antrag die Große Koalition auf, die versprochene Übergangsförderung in Höhe von einer Milliarde Euro für die Kommunen in den Bundeshaushalt einzustellen. Dieser Antrag wurde am 03.04.2014 an den Bundestag gestellt.